

Ressort: Politik

Bundesregierung will Behörden in Braunkohlerevieren ansiedeln

Berlin, 25.08.2018, 05:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung plant, bei der Neuansiedlung von Bundesbehörden bevorzugt solche Regionen zu berücksichtigen, die vom Strukturwandel in der Braunkohleindustrie betroffen sind. Das geht aus einem Schreiben der Bundesministerien für Wirtschaft, Arbeit, Umwelt und Inneres an die Kohlekommission hervor, über das die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Samstagsausgaben berichten.

"Grundsätzlich sollte bei allen Entscheidungen über zukünftige Ansiedlungen von Bundesbehörden, Forschungseinrichtungen und sonstigen Institutionen geprüft werden, ob ein Standort in den Braunkohleregionen in Betracht kommt", heißt es in dem Schreiben, das die Staatssekretäre Ulrich Nußbaum (BMWi), Jochen Flasbarth (BMU), Leonie Gebers (BMAS) und Markus Kerber (BMI) unterzeichnet haben. Konkret denkt die Bundesregierung darüber nach, ein neues Forschungsinstitut des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Cottbus zu eröffnen. Das Institut wird als eine von mehreren möglichen Einrichtungen genannt, die dabei helfen könnten, die Arbeitsplatzverluste infolge des Kohleausstiegs abzufedern. An dem Institut sollen Speichertechnologien erforscht werden. Ziel sei es, "Innovationscluster" in der strukturschwachen Region zu entwickeln, heißt es in dem Schreiben. "Innovationscluster sind Keimzellen für weitere strukturelle und wirtschaftliche Entwicklung, zum Beispiel die Ansiedlung von Kleinen und Mittleren Unternehmen", führen die Staatssekretäre aus. Fünf bis zehn Millionen Euro pro Jahr will sich die Regierung das Vorhaben je nach Größe des Instituts kosten lassen. Die Investitionskosten kämen hinzu. Allerdings steht die Gründung des neuen DLR-Instituts unter Leitungsvorbehalt. Das heißt, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) muss seine Zustimmung noch geben. Das Wirtschaftsministerium wollte auf RND-Anfrage zu dem konkreten Projekt keine Stellungnahme abgeben. Eine Sprecherin verwies aber darauf, dass in der vergangenen Wahlperiode sieben neue DLR-Institute gegründet worden seien. "Auf diesem Weg wollen wir weitergehen und erarbeiten hierfür derzeit Vorschläge für weitere DLR-Institute", sagte sie. Dieser Prozess dauere noch an.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-110846/bundesregierung-will-behoerden-in-braunkohlerevieren-ansiedeln.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619